

Rückforderung der CO₂-Abgabe: Ein Szenario für Bürger und Unternehmen

Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 12. Mai 2026, 18:20

Rückforderung der CO₂-Abgabe: Ein Szenario für Bürger und Unternehmen

Die CO₂-Abgabe wurde seit 2021 auf Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas erhoben. Millionen Bürger, Handwerksbetriebe, mittelständische Unternehmen und industrielle Betriebe zahlten dadurch Jahr für Jahr zusätzliche Belastungen. Diese Kosten erhöhten die Preise für Mobilität, Heizung, Produktion und Wohnen. Der Staat nahm auf diesem Weg Milliardenbeträge ein.



Inzwischen verdichten sich wissenschaftliche Erkenntnisse, dass die tatsächliche Erderwärmung deutlich geringer ausfällt als über Jahre behauptet wurde. Gleichzeitig steht fest, dass der Anteil Deutschlands an den weltweiten CO₂-Emissionen nur einen sehr kleinen Bruchteil ausmacht.

Selbst eine vollständige Deindustrialisierung Deutschlands hätte auf die globale Temperaturentwicklung praktisch keinen messbaren Einfluss. Dennoch wurden Bürger und Unternehmen mit immer höheren Abgaben belastet, obwohl der Nutzen dieser Maßnahmen verschwindend gering ist.

Damit entfällt die politische und sachliche Rechtfertigung für die CO₂-Abgabe. Eine Abgabe, die hohe wirtschaftliche Schäden verursacht, Arbeitsplätze gefährdet, Eigentümer enteignet und den Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten mindert, ohne einen nennenswerten Effekt auf das Weltklima zu erzielen, verletzt fundamentale Grundsätze von Verhältnismäßigkeit, Gleichbehandlung und Eigentumsschutz.

Bürger, Unternehmen und Verbände reichen daraufhin Verfassungsbeschwerden und Klagen ein. Sie machen geltend, dass der Staat seine Bürger mit einer ideologisch motivierten Sonderabgabe belastet hat, die weder geeignet noch erforderlich war. Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, dass die CO₂-Abgabe gegen das Grundgesetz verstößt. Das Gericht erklärt das Brennstoffemissionshandelsgesetz für verfassungswidrig und ordnet die Rückerstattung der seit 2021 erhobenen Beträge an.

Daraufhin beschließt der Deutsche Bundestag ein Rückzahlungsgesetz. Jeder Bürger erhält die über Kraftstoff-, Heiz- und Energiekosten gezahlten CO₂-Abgaben zurück. Für einen durchschnittlichen Haushalt summieren sich diese Mehrkosten innerhalb weniger Jahre auf mehrere tausend Euro. Familien, Pendler und Hauseigentümer erhalten spürbare Erstattungen. Mittelständische Unternehmen und Industriebetriebe bekommen teilweise sechs- oder siebenstelligen Beträge zurück.

Zusätzlich werden gesetzliche Zinsen auf die zu Unrecht erhobenen Beträge gezahlt. Wer über Jahre belastet wurde, erhält nicht nur sein Geld zurück, sondern auch einen Ausgleich für den finanziellen Schaden.

Mit der Rückzahlung endet eine Politik, die Bürgern und Unternehmen immer höhere Lasten auferlegte und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Deutschland schwächte. Die CO₂-Abgabe

wird vollständig abgeschafft. Das Heizungsgesetz wird aufgehoben. Das Verbrennerverbot wird zurückgenommen. Technologieoffenheit, wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit ersetzen staatliche Bevormundung.

Die Rückerstattung der CO₂-Abgabe entwickelt sich zu einem der größten Entlastungsprogramme in der Geschichte der Bundesrepublik. Milliarden Euro fließen zurück an die Menschen, die sie erwirtschaftet haben. Bürger erhalten ihr Eigentum zurück, Unternehmen gewinnen Investitionskraft, und Deutschland kehrt zu einer Politik zurück, die sich an Realität, Wohlstand und Freiheit orientiert.

Dieses Szenario schafft Vertrauen in den Rechtsstaat. Wenn der Staat seine Kompetenzen überschreitet und seine Bürger ohne ausreichende Grundlage belastet, korrigiert die Demokratie diesen Fehler. Die Menschen bekommen ihr Geld zurück und die politische Fehlentwicklung findet ein Ende.

Ja, ich habe verstanden ... und träume weiter!